

ausländischen Soldaten, und von Jahr zu Jahr verringerten sich die Geldansprüche seiner ehemaligen Gegner. Wirtschaftlich war dieses Deutschland bereits nach sieben Jahren zum stärksten und modernsten Industriestaat Europas geworden, der der amerikanischen Konkurrenz standhielt und dessen Privatunternehmer Kredite in jeder Höhe erhalten hatten. Auf allen Meeren fuhren wieder die deutschen Schiffe, und die von der körperlich und geistig neugeborenen deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft erzeugten Industrieprodukte und Waren fanden wieder Absatz bis in die entferntesten Teile der Erde. Das war das grosse Verbrechen vom November 1918.

Die Krise kam. Unter ihren Schlägen brach Land um Land, Staat um Staat zusammen. Alle Goldschätze der Erde konnten nicht hindern, dass selbst in den Vereinigten Staaten ein Trust nach dem andern, eine Mammutbank nach der andere zum Erliegen kam. Zwölf Millionen arbeitsloser Menschen mit ihren Familien sind in diesem Lande, das noch vor drei - vier Jahren einem Paradiese glich. Hunderttausende von verzweifelten Menschen wandern dort über die Landstrassen, hängen unter den Eisenbahnwagen. Nach Zehntausenden zählen die organisierten Verbrecher, Kindesraub und Erpressung sind an der Tagesordnung, und wenn auch die Presse schweigt, so berichten uns die herüberkommenden Augenzeugen, dass in New York, in Chicago, in Philadelphia und überall täglich zu sehen ist, wie Menschen in den Strassen umfallen und Hungers sterben.

Deutschland leidet nicht minder Not. Die soziale Gesetzgebung der Novemberverbrecher verstand es jedoch, bisher einen Ausgleich zu schaffen, der trotz aller entsetzlichen Entbehrungen und Lasten das Äusserste verhindert hat. Wenn auch die Sozialdemokratie nicht in der Regierung sass und Schlimmes tolerierte um Schlimmeres zu verhindern, auf die Dauer wären sozialistische Massnahmen nicht zu umgehen gewesen, sollten nicht Volk und Staat und Wirtschaft vollends erlahmen und zusammenbrechen.

In dieser Stunde wird Deutschland wieder preussisch. In dieser Stunde trägt die Saat der "Arbeiter"-Partei des böhmischen Heilands Hitler ihre Früchte. Mit Recht kann die Berliner "Deutsche Allgemeine Zeitung", das Organ der Schwerindustrie triumphierend sagen: "Es hat lange in Deutschland eine so repräsentative Regierung nicht mehr gegeben", und die Naziblätter fügen hinzu: "Es ist selbstverständlich, dass diese Männer die Achtung jedes Deutschen verdienen". Zumindest aber verdienen sie die Achtung der Hitler, Goebbels, Prinz Auwi, General Litzmann, Graf Helldorf, des Hauptmann Röhms und wie sie alle heissen. Das SA-Verbot und die Auflösung des Reichstages ist die von ihnen für die Ehe mit der Schleicherei zugebrachte erste Hochzeitsgabe. Alle Junker und Schlotbarone, der Land- und der Schwertadel bis hinauf zu den Siebenzackigen, alle alle singen Hymnen und die Geschenke werden sich bald derart häufen, dass die Braunen Häuser nicht mehr gross genug sind, den Segen zu fassen und die Ernte unterzubringen. Der Arbeit die Ehre! Kein Fleiss ohne Preis!

Deutschland wieder preussisch! Sie kommen zurück, alle alle, die sich im November 1918 verkrochen hatten. Die Motten schwirren wieder und was Heinrich v. Treitschke, der Geschichtsschreiber der Hohenzollern über die Junker von 1806 schrieb, das wird sich wiederum vor unsren Augen vollziehen, dass sich: "wie ein Geschmeiss hungriger Fliegen, Preussens hoher Adel auf das aus allen Wunden blutende Vaterland stürzt."

"Mit Gott", heisst es auf der ersten Seite aller Kontokorrent- und Kassenbücher. Gegen die Gottlosen; für Religion und Christentum, gegen den Marxismus so steht es auch auf der ersten Seite des neuen Buches, das das Kabinettt der Junker und Schwerindustriellen für das deutsche Volk und für die Arbeitslosen zu schreiben begonnen hat. Mit Hitler, und Hitler mit uns, wäre ehrlicher gewesen! So kann das Werk beginnen und Deutschland wieder preussisch werden! Wenn die nationalsozialistischen Blätter Siedlungspläne bereits als Bolschewismus betrachten, dann sagt das, wohin der Kurs geht", schreiben die "Volkskonservative Stimmen". Wir wissen wohin der Kurs geht und wir wissen aber auch, dass Deutschland sehr bald erwachen wird.

SPD. München, 7. Juni (Eig. Dr.)

Vor dem Münchener Schwurgericht begann am Dienstag ein Meineidsprozess gegen den Berliner Schriftsteller Werner Abel, einen einstmals in politischen Rechtskreisen sehr viel beschäftigten Mann. Das Vorspiel des Prozesses reicht bis in die Tage des Reichstagswahlkampfes 1928 zurück. Damals hatte der deutschvölkische Herr von Graefe in seinem Blatt behauptet, Hitler habe Südtirol verraten und der Preis dafür sei eine recht beträchtliche Unterstützung der Hakenkreuzpartei mit italienischen Lire gewesen. In dem darauf folgenden Beleidigungsprozess misslang der Wahrheitsbeweis und Graefe sowie zwei angeklagte Redakteure der "Münchener Post" und des "Bayerischen Kurier", die die Enthüllungen Graefes nachgedruckt hatten, wurden zu sehr hohen Geldstrafen verurteilt.

In der Berufungsinstanz wendete sich das Blatt. Die Angeklagten brachten einen neuen Zeugen herbei, den jetzt angeklagten Werner Abel, der mit aller Bestimmtheit unter Eid behauptete, selbst dabei gewesen zu sein, wie der italienische Faschistenhauptmann Miglorati in München Hitler zugeführt wurde. Zwischen Göring, Hitler und Miglorati habe dann eine Besprechung stattgefunden, deren Protokoll Abel wiederum selbst gelesen haben will. In diesem Protokoll heisst es, dass über Südtirol gesprochen wurde und dass die italienischen Faschisten grosses Interesse am Erstarken des deutschen Faschismus hätten und bereit seien, ihm sowohl geldlich als auch politisch zu helfen. Abel behauptete, aus mündlichen Mitteilungen Migloratis zu wissen, dass Italien Geld an der Hitlerkreis gegeben hat. Nach diesen Enthüllungen Abels flog der Beleidigungsprozess in der zweiten Instanz auf. Hitler und die Seinen liessen darauf gegen Abel ein Meineidsverfahren einleiten. Sie behaupteten, Miglorati nie gesehen; nicht gekannt und nie mit ihm zu tun gehabt zu haben. Eine zweite Meineidsklage gegen Abel stützt sich auf seine Aussage vor dem Berliner Ermittlungsrichter am 28. Januar 1930. Abel hat dort ausgeführt, während einer Ende 1923 in Landsberg am Lech verbüsstes Festungshaft mit dem in den Hitlerputsch verwickelten früheren bayerischen Justizminister und jetzigen Generalstaatsanwalt Dr. Roth zusammengekommen zu sein, wobei Roth ihm erzählt habe, dass nach seiner Kenntnis jener Oberleutnant Braun, der Führer der Waffenverschiebungen der Einwohnerwehr, der Mörder des sozialdemokratischen Abgeordneten Gareis sei Roth habe ihm weiter gesagt, dass Braun nach der Tat unter stillschweigender Duldung der Regierung Kahr-Lossow-Seisser längere Zeit in München gelebt hätte bevor er illegal nach Ungarn abgeschoben wurde. Auch bezüglich dieser Äusserung behauptet die Anklage, dass sie bewusst unwahr sei und dass eine derartige Unterredung nie stattgefunden habe.

SPD. Der Parteiausschuss der Sozialdemokratie befasste sich am Dienstag unter dem Vorsitz von Otto Wels mit den jüngsten politischen Ereignissen, über die Reichstagsabgeordneter Breitscheid ein eingehendes Referat erstattete. Die Aussprache, die insbesondere dem bevorstehenden Wahlkampf galt, zeigte hinsichtlich der Führung dieses Kampfes gegen den Faschismus völlige Uebereinstimmung und entschlossenen Kampfeswillen. In seinem Schlusswort gab der Führer der Partei Otto Wels der Ueberzeugung Ausdruck, dass die Sozialdemokratie auch die bevorstehenden Kämpfe erfolgreich überstehen werde.

SPD. Karlsruhe, 7. Juni (Eig. Drahtb)

Im Badischen Landtag wies Innenminister Maier an Hand eines Rundschreibens der Nazis nach, dass die badische SS nichts anderes als eine Spitzelorganisation ist. Sie hat nach dem Rundschreiben die Aufgabe der Beobachtung der Freimaurerlogen, der Ueberwachung der KPD, der Sozialdemokratie und des Reichsbanners.

SPD. Stuttgart, 7. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des Württembergischen Landtages erlebten die Nationalsozialisten einen bösen Reinfall.

Vor 2 Wochen hatten die Nazis einen Antrag eingebracht: "bei der Reichsregierung; und im Reichsrat sofort schärfsten Einspruch gegen die geplanten neuen Notverordnungen der Reichsregierung zu erheben." Trotz der offensibaren Dringlichkeit dieses Antrages taten die Nationalsozialisten nichts, um den zu ihrer eigenen Partei gehörenden Präsidenten zu veranlassen, den Antrag zur Beratung zu stellen. Es war offensichtlich, dass sie diesen Antrag nicht aus sachlichen, sondern aus Agitationsgründen und mit der Spitze gegen die Regierung Brüning gestellt hatten. Nach dem Amtsantritt der Regierung Papen wollten sie nichts mehr von der Sache wissen, obwohl aus der Erklärung der neuen Reichsregierung klar hervorgeht, dass sie die wesentlichsten Bestandteile der von Brüning entworfenen Verordnung, vor allem, soweit dadurch die sozialen Leistungen herabgesetzt werden sollen, gleichfalls zu verkünden beabsichtigt.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte daher am Dienstag, den nationalsozialistischen Antrag sofort zur Beratung zu stellen, da er sonst unwirksam bleiben würde. Der Nazi-Präsident und die nationalsozialistische Fraktion kamen in die grösste Verlegenheit. Der Fraktionsvorsitzende Abg. Murr begann ein klägliches Gestammel. Die Regierung Papen würde niemals so unsoziale und volksfeindliche Massnahmen treffen wie die Regierung Brüning. Die nationalsozialistische Fraktion zieht deshalb ihren Antrag als "gegenstandslos" zurück.

Unter dem stürmischen Gelächter des Hauses hatten die Nazis einen ihrer stärksten Agitationsschläger selbst über Bord geworfen. Sie haben sich mit ihrer Kundgebung zugleich einer Regierung ausgeliefert, die in jeder Beziehung mit das reaktionärste Gebilde ist, das in Deutschland jemals regiert hat.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Ministerpräsident Dr. Braun hat in einem an den Staatsminister Dr. Hirtsiefer gerichteten Schreiben davon Mitteilung gemacht, dass er aus gesundheitlichen Gründen einen längeren Urlaub antreten müsse. Er hat Staatsminister Dr. Hirtsiefer gebeten, die Präsidialgeschäfte des Ministeriums in seiner Vertretung zu führen.

SPD. Paris, 7. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Herriot hat sich am Dienstag nachmittag dem Parlament vorgestellt. Im Senat verlas Justizminister Renault, in der Kammer Ministerpräsident Herriot die Regierungserklärung. Vorher hielten in beiden Häusern die Präsidenten Jeanneney und Bouisson ihre Antrittsreden. Das Haus und die Tribünen waren ausserordentlich stark besetzt.

Kammerpräsident Bouisson machte in seiner Antrittsrede unter grossem Beifall der Linken folgende Anspielungen auf die Ereignisse in Deutschland: "An der umfangreichen antidemokratischen Verschwörung, die sich von Land zu Land in der Welt zu organisieren scheint, nimmt Frankreich nicht teil. Wenn auch eine Krise seinen materiellen Interessen abträglich sein könnte, so würde es doch nicht an der Wahrheit von Grundsätzen zweifeln können, die zugleich auf der Vernunft und der Erfahrung beruhen. Das parlamentarische Regime schliesst weder den Appell an die Einbildungskraft noch die Suche nach neuen und kühnen Lösungen aus. Gerade in schwierigen Zeiten kann sich das parlamentarische Regime am wirksamsten zeigen. Das Parlament vermag viel, wenn es das Instrument des Volkswillens bleiben will. Aufgabe des Parlament ist es, ein Beispiel für die Methode und Selbstbeherrschung zu geben."

Herriot verlas anschliessend eine Botschaft des Präsidenten Lebrun, in der es u.a. heisst :

"Indem ich mich strikte an die Grundsätze der Macht halte, die mir die Verfassung übertragen hat, werde ich mich bemühen, eifersüchtig über sie zu wachen und ihr freies Funktionieren zu erleichtern. Als unparteiischer Schiedsrichter werde ich es mir angelegen sein lassen, die Einigkeit der Herzen und die Harmonie der Geister aufrecht zu erhalten und, wenn möglich, zu erweitern. Frankreich wird als eifriges Mitglied des Völkerbundes an den bevorstehenden internationalen Besprechungen für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft und für den Weltfrieden mit einer unumschränkten Loyalität und der festen Hoffnung auf einen Erfolg teilnehmen. Die bedeutenden Opfer, die es seit dem Kriege gebracht hat, sind der deutliche Beweis für seine Uneigennützigkeit und sein Festhalten an der Solidarität, die immer enger zwischen den Nationen werden und sie dazu führen muss, eine Politik der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung anzuwenden. Frankreich muss bei dieser gemeinsamen Anstrengung nur die gerechte Sorge um seine Sicherheit, seine Unabhängigkeit und seine Stabilität, die wichtige Pfänder für den allgemeinen Frieden sind, im Auge behalten."

Es folgte die Verlesung der sehr langen Regierungserklärung, aus der folgende Stellen zu erwähnen sind: "Die neue Regierung ist gebildet, um den Interessen Frankreichs nach den edelmütigen Traditionen unserer Demokratie, die sie auf jede Art verteidigen wird, und im Einvernehmen mit einer internationalen Ordnung zu dienen, deren Ausbau sie für notwendig hält, um die höchste Wohltat, den Frieden, zu garantieren. (Grosser Beifall links und in der Mitte. Unser Programm ist beschränkt, aber präzise. Im Innern stehen wir einer sehr ernsten finanziellen Lage gegenüber. Wir werden dem Parlament in kurzer Zeit eine vollständige und detaillierte Bilanz der Lage unterbreiten. Dann werden wir es um die Verabschiedung eines Gesetzentwurfes ersuchen, der eine Reihe von Ausgabeneinschränkungen und finanziellen Massnahmen vorsieht. Die unvermeidlichen Opfer, die jeder einem furchtbaren Sichgehenlassen vorziehen muss, werden nach einem Plan der Gleichheit und Gerechtigkeit vorgeschlagen werden, der den Gesetzen der Demokratie entspricht. (Grosser Beifall links und in der Mitte.) Die gleiche Sorge um ein normales und dauerhaftes Gleichgewicht wird es uns zu Pflicht machen, unser ganzes Verkehrssystem zu reorganisieren. Vom wirtschaftlichen wie vom aussenpolitischen Standpunkt erscheint uns die internationale Zusammenarbeit durch die Gesetze der zeitgenössischen Kultur geboten. Wir wollen zunächst ein wirtschaftliches und finanzielles Milieu schaffen, das der gesamten Nation ein normales und gesundes Leben ermöglicht. Wir wollen der Arbeiterschaft ihre Rechte garantieren. An dem Respekt vor allen Gewerkschaftsfreiheiten festhaltend, glauben wir, dass die Republik alle Anstrengungen begünstigen und leiten muss, die dazu bestimmt sind, eine bessere internationale Organisation der Arbeit zu schaffen. Wir werden an den fundamentalen Grundsätzen der Sozialversicherung nicht rütteln lassen. Mehr aus moralischen als aus politischen Gründen werden wir dem Arbeiter zu Hilfe kommen, der seines Broterwerbs beraubt ist. Wir haben daher bereits jetzt beschlossen, die Sechsmonatengrenze für die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung abzuschaffen. (Grosser Beifall links.) Wir halten uns für verpflichtet, den wirklichen Arbeitslosen und den Kurzarbeitern die notwendigen Unterstützungen zu gewähren. Die Sozialversicherung kann nach unserer Ansicht nur auf Gerechtigkeit und Solidarität aufgebaut sein. Auf geistigem Gebiet bleiben wir der weltlichen Schule treu und wollen schon jetzt die Unentgeltlichkeit des sogenannten Mittelschulunterrichts einführen, um allen Kindern Frankreichs den Weg zum Wissen zu öffnen. Zum Zwecke der Beruhigung werden wir einen Amnestieentwurf für politische Vergehen einbringen.

Auf aussenpolitischem Gebiete wird sich die Regierung von der so dringenden Notwendigkeit leiten lassen, den Frieden auf einer allgemeinen Organisation Europas und der Welt aufzubauen. Sie wird alles, was in ihren Kräften steht, tun, um an der politischen Entspannung, der wirtschaftlichen Verständigung und der moralischen Abrüstung beizutragen. Was die Reparationen anbe-

trifft, so kann Frankreich nicht Rechte bestreiten lassen, die sich nicht nur aus Verträgen, sondern aus vertraglichen Abmachungen ergeben, welche durch die Ehrenhaftigkeit der Unterschriften geschützt sind. (Beifall in der Mitte und rechts.) Die Welt würde, wenn sie dem Einfluss des Rechts entzogen wird, früher oder später unter die Herrschaft der Gewalt geraten. Durch die Bestätigung dieser Grundsätze ist sich die Regierung bewusst, nicht egoistische Vorrechte, sondern allgemeine Interessen zu verteidigen. Im übrigen ist sie bereit, jeden Plan zu diskutieren oder jede Initiative zu ergreifen, die durch einen Ausgleich eine grössere Weltstabilität oder aufrichtige Versöhnung im Frieden hervorrufen würde. In Uebereinstimmung mit dem Völkerbundspakt und im Geiste des Kelloggpaktes werden wir die Sicherheit nicht für uns allein, sondern für alle Nationen suchen, die, ob klein oder gross, in unseren Augen die gleichen Ansprüche haben. Unsere Aktion wird von den Grundsätzen beherrscht sein, die Leon Bourgeois aufgestellt hat, die wir seit 1924 verteidigt haben und die besonders in dem edelmütigen Briand ein Element der französischen Politik geworden sind. In diesem Rahmen ist die Regierung allen Lösungen, selbst Teillösungen günstig, die im Lichte der Beratungen von Genf und nach einer loyalen Gegenüberstellung der Ansichten ohne Gefährdung der Landessicherheit eine Verringerung der Militärlasten erlauben und eine Etappe auf dem Wege zu einer allmählichen gleichzeitigen und kontrollierbaren Abrüstung darstellen würde. Schon jetzt wird die Regierung mit Vorbehalt alle möglichen Ersparnisse auf diesem Gebiete durchführen. Für dieses Werk bieten wir unsere ganze Unterstützung an. Die Ruhe muss wiedererstehen, wenn man sich darüber Rechenschaft ablegt, dass es Regierungen wie die unsrige gibt, die in den Geistern und in den Tatsachen den Friedenszustand schaffen wollen, die einen aufrichtigen Appell an alle Gewissen richten und die alle diejenigen zu sammeln suchen, die mit uns der Meinung sind, dass der Krieg ein ungesetzliches, gegen das Völkerrecht verstossendes Verbrechen ist. Für dieses Werk bitten wir um Ihr Vertrauen."

Die Regierungserklärung fand auf der Linken lebhaften Beifall.

SPD. Der Schattenkanzler des Kabinetts der Nazi-Barone, Herr von Papen, hat den Präsidenten des Preussischen Landtags, Kerrl, brieflich um die baldige Einberufung des Landtages ersucht. Trotz seiner Feindschaft gegen die "Parlamentsdemokratie" wünscht er in Preussen möglichst bald eine parlamentarische Regierung, weil ihm das Gesicht der gegenwärtigen geschäftsführenden Regierung Hirtlsiefer nicht passt. Die Nazi-Barone haben mit ihrem Brief einen äusserst bedenklichen Weg beschritten, einen Weg, der mit Gesetz und Verfassung geradezu unvereinbar ist.

Das Reich hat nicht mit den Landtagen der einzelnen Länder bzw. mit deren Präsidenten zu verkehren, sondern ausschliesslich mit deren Regierungen. Dass die preussische Regierung zurzeit nur eine geschäftsführende ist, enthebt auch den Schattenkanzler der Nazi-Barone in keiner Weise der Verpflichtung, seine Wünsche und die seiner Auftraggeber bezüglich Preussen an die geschäftsführende Regierung und nur an sie zu richten. Der Zustand geschäftsführender Minderheitsregierungen, die nur deshalb nicht ersetzt werden können, weil keine arbeitsfähige Koalitionsmehrheit vorhanden ist, die einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen vermag, besteht in Preussen erst seit den Neuwahlen. Aber ein ähnlicher Zustand herrscht schon seit Monaten, ja zum Teil sogar schon seit Jahren in einer ganzen Reihe von anderen Ländern, so in Bayern, in Sachsen, in Hessen, in Hamburg und in Württemberg. Noch nie ist es einer Reichsregierung eingefallen, bei ihrem Verkehr mit diesen Ländern die geschäftsführenden Regierungen zu übergehen und sich etwa an die Präsidenten der Länderparlamente zu wenden. Wenn die von der Schwerindustrie ausgehaltene "Deutsche Allgemeine Zeitung", die neuerdings als offiziöses Blatt der Nazibarone ange-

sprochen werden darf, trotzdem den traurigen Mut hat den Schritt der Nazi-Barone damit zu begründen, dass der Landtagspräsident gegenwärtig die "einzig verfassungsmässig vollgültige Stelle" in Preussen sei, so ist das ebenso dreist wie unwahr. Einstweilen ist Herr Kerrl nur auf vier Wochen gewählt und es hängt schliesslich von den Kommunisten ab, ob er in vierzehn Tagen als Landtagspräsident bestätigt wird. Aber ganz abgesehen davon, stellt die Lesart der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" einen Versuch dar, die Verfassungsmässigkeit der geschäftsführenden Regierung Preussens zu verneinen und damit auch die Verfassungsmässigkeit der gegenwärtigen Regierungen Bayerns, Sachsens usw.

Die Regierung der Nazi-Barone, hinter der überhaupt nichts steht, jedenfalls viel weniger, als hinter irgend einer geschäftsführenden Landesregierung, hat am allerwenigsten das Recht, sich aufs hohe Ross zu setzen, zumal ihre eigene Entstehung zumindest mit dem Geist der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Der Konflikt, den sie im Begriff steht, nicht nur mit Preussen, sondern mit den meisten deutschen Ländern heraufzubeschwören, kann unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Das preussische Staatsministerium hat gegen den Schritt Papens bei Kerrl bereits schärfste Verwahrung eingelegt.

Der eigentliche Zweck des Briefes der Nazi-Barone an Kerrl ist zweifellos die Möglichkeiten zur Einsetzung eines Reichskommissars zu fördern. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass eine derartige Massnahme unter den obwaltenden Umständen verfassungswidrig wäre. Machen die Nazi-Barone dennoch den Versuch, sich auf Preussen durch den Bruch der Reichsverfassung irgendwelchen Einfluss zu verschaffen, so könnten sie eine für sie recht blamable Ueberraschung erleben. Jedenfalls ist die preussische Staatsregierung zu der erforderlichen Abwehr entschlossen.

SPD. München, 7. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Bayerische Volkspartei hat inzwischen von allen Fraktionen des Landtags, an die sie ihren Vorschlag zwecks Bildung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung richtete, eine Antwort erhalten. Massgebend sind im wesentlichen nur die Auffassungen der sozialdemokratischen und der nationalsozialistischen Fraktion, da die eine oder die andere zur Bildung einer neuen verfassungsmässigen Regierung notwendig ist.

Aus der Antwort der beiden Fraktionen ergibt sich, dass der Vorschlag der Bayerischen Volkspartei, der praktisch auf die Übertragung einer Generalvollmacht für die Bayerische Volkspartei hinausläuft, nicht als eine geeignete Grundlage zur Regierungsbildung erblickt wird. In der Antwort der Sozialdemokratie heisst es: "Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, dass in der gegenwärtigen allgemeinen politischen Situation der selbstverständliche Grundsatz einer "Stärkung der Kräfte des bayerischen Staates" keine ausreichende Basis darstellt, auf der im Sinne der bayerischen Verfassungsurkunde eine parlamentarisch verantwortliche Regierung gebildet werden kann. Eine solche Regierung kann nur dann mit Erfolg arbeiten, wenn sie eine sichere und zuverlässige Mehrheit des Landtages hinter sich hat. Die unerlässliche Voraussetzung dazu scheint uns in der Verständigung der zur Bildung einer solchen Regierung bereiten Parteien zu liegen, die dem Volke Klarheit über die allgemeinen Richtlinien des künftigen Regierungskurses gibt. Ohne diese Klarheit erscheint der sozialdemokratischen Fraktion die Bildung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung unmöglich."

Die Antwort der Nationalsozialisten, die eingangs mit besonderer Genugtuung die Bildung einer parlamentarischen Regierung begrüssen, lehnt den Vorschlag ab, da er nach den Bestimmungen der bayerischen Verfassung nicht der normale Weg sei, ein Gesamtministerium zu bilden. Die Nationalsozialisten wollen zuerst das Programm des zu wählenden Ministerpräsidenten und die ein-

zelenen Ressortminister kennen, die nur im Einvernehmen mit einer Landtagsmehrheit ernannt werden können.

Die Antworten der Bauernbund-Fraktion und der deutschnationalen Gruppe kommen der Bayerischen Volkspartei soweit entgegen, dass sie der Bildung eines Kabinetts ohne koalitionsmäßige Bindung zustimmen. Aber auch sie behalten sich im einzelnen ihre Stellungnahme vor, bis sie die geplante Zusammensetzung der neuen Regierung kennen.

SPD. Der Schatten des Generalleutnants z.D. von Schleicher in der Reichsregierung, Herr von Papen, hat tatsächlich den Mut, das deutsche Volk höchstpersönlich in Lausanne zu vertreten. "Begleiten" werden ihn der Reichswirtschaftsminister Dr. Warbold, der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk und Freiherr von Neurath, der gegenwärtige Aussenminister. Eine Delegation, die sich sehen lassen kann!

SPD. Wien, 7. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Führer der österreichischen Heimwehren, Fürst Starhemberg, hat sich a Dienstag im Flugzeug nach Rom begeben. Die Reise hat den Zweck, in Verhandlungen mit der Leitung der italienischen Faschisten eine Vereinigung zwischen den faschistischen Heimwehren Österreichs und den österreichischen Nationalsozialisten vorzubereiten. Starhemberg hat über diesen Plan bereits seit längerer Zeit u.a. auch persönlich mit Mussolini korrespondiert.

SPD. Von der Initiative, die Herr von Papen auf Veranlassung der Reichsregierung der Nazi-Barone hinsichtlich der Neuwahl eines preussischen Ministerpräsidenten hat ankündigen lassen, war bisher, abgesehen von seinem Brief an den provisorischen Nazi-Präsidenten des Preussischen Landtags, noch nicht viel zu verspüren. Mit dem Zentrum waren bis Dienstag-Abend irgendwelche Verhandlungen nicht eingeleitet und auch nicht verabredet. Abgesehen davon dürften Herrn von Papen derartige Verhandlungen nach unseren Informationen kaum gut bekommen.

Im Zusammenhang mit den angekündigten Bemühungen des Schattenkanzlers der Nazi-Barone meldete die Berliner Rechtspresse am Dienstag-Abend, dass als Kandidat für die preussische Ministerpräsidentschaft der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion, ein Herr von Winterfeld, in Aussicht genommen sei. Aber diese Kandidatur war kaum genannt, als die Nazis erklären liessen, dass sie nur für einen Nazi-Ministerpräsidenten stimmen würden, während das Zentrum dabei bleibt, dass es den Nazis niemals den Landtagspräsidenten und den Ministerpräsidenten zugestehen würde. Papens Diplomatie auf dem Gebiet der Innenpolitik ist also bereits festgefahren, nachdem er kaum den ersten Schritt dazu getan hat.

+ + +
Der Nazi-Präsident des Preussischen Landtags hat den Ältestenrat des Preussenparlaments, veranlasst durch den Brief des Herrn von Papen, zu Freitag einberufen. Wahrscheinlich dürfte der Ältestenrat entgegen dem Wunsch des Schattenkanzlers jedoch beschliessen, es bei dem bisherigen Termin des Wiederzusammentritts des Plenums, dem 22. Juni, zu belassen.

SPD. Paris, 7. Juni (Eig. Drahtb.)

Als erster Interpellationsredner zu der Erklärung der Regierung Herriot sprach der neugewählte Abgeordnete Besson, der einer vor kurzem gegründeten Agrarpartei angehört. Er verzapfte inmitten einer grossen Unruhe und ohne jede weitere Erklärung Binsenwahrheiten, wie z.B., die furchtbare Wirtschaftskrise verlange endgültige und dauerhafte Lösungen. Ferner stellte er fest, dass das Programm der Regierung ungenügend sei.

Der Kommunist Doriot interpellierte über die Innenpolitik, sein Genosse Péri über die Aussenpolitik der Regierung. Beide erklärten, dass die Regierung Herriot nur eine Fortsetzung der Regierung Tardieu sei, dass sie also die Arbeiterklasse unterdrücken und nach aussen hin eine imperialistische Politik verfolgen werde.

Der Autonomist Walter führte aus, dass das Elsass nicht systematisch dem feindlich sein werde, der die Regierungsgeschäfte führe und dass es die Handlungen der Regierung abwarten werde, um in voller Unparteilichkeit zu urteilen. Er begrüsst den Verzicht Herriots auf die Mitarbeit der Sozialisten, bedauerte aber, dass die Führer der alten Mehrheit nicht auf den Regierungsbänken sitzen. Auf aussenpolitischem Gebiet setzte er sich für die deutsch-französische Verständigung ein. Sie sei, so sagte er, noch möglich und müsse gewünscht werden (Grosser Beifall auf zahlreichen Bänken). In der gegenwärtigen Zeit sei eine Politik der Ruhe und des Friedens notwendig. In dieser Beziehung habe er zu Herriot Vertrauen.

Der Kammerpräsident verlas anschliessend eine von den Abgeordneten Hesse und Schmidt eingebrachte Tagesordnung, die von den Radikalen und Sozialisten ausgearbeitet worden war und folgendermassen lautete:

"Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie hat zu der Regierung das Vertrauen, dass sie eine Politik befolgt, die dem kürzlich von der Mehrheit des Landes ausgedrückten Wunsch entspricht, lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über."

Im Namen der radikalen Linken erklärte der frühere Minister Laurent Eynac, dass seine Partei für die Regierung stimmen werde.

Léon Blum setzte dann die Gründe auseinander, aus denen die Sozialisten für die Tagesordnung stimmen würden. Er erklärte, die Regierung Herriot sei auf Grund der Wahlen gebildet worden, die zu der Zerschmetterung der Parteien der sozialen Reaktion geführt habe. Das sei die Sanktion dieser Schlacht und die Sozialisten, die an ihr einen bedeutenden Anteil genommen haben, würden für die Regierung stimmen, weil sie in ihren Augen diese Sanktion verkörpern und weil sie glaubten, dass sie die Früchte aus diesem Siege ziehen könne. Die Sozialisten möchten nicht verschweigen, dass Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und ihnen weiter bestehen können. Die Sozialisten hätten weder ihre Gesinnung über die neue Richtung, die den internationalen Verhandlungen gegeben werden müsse, noch über die Massnahmen verändert, die zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zur Beseitigung des Defizits ergriffen werden müssen. Sicherlich könnte das Zentrum und die Rechte ihre Stimmzettel mit denen der Sozialisten vereinigen, aber selbst unter dieser Voraussetzung seien die Stimmen der Sozialisten gegen das Zentrum und die Rechte gerichtet. (Lebhafter Beifall links.) Die Sozialisten würden jedesmal für die Regierung stimmen, wenn sie durch ihre Handlungen den Willen zum Ausdruck bringe, den die Wählerschaft bestätigt habe. (Lebhafter Beifall links.)

SPD. Am Dienstag um die Mittagszeit weilte in der Reichskanzlei hoher Besuch.

Vor dem Eingang hielt ein Wagen mit der Nummer AI 3784. Der linke Kotflügel des Mercedes trug eine Hakenkreuzfahne. Im Wagen selbst befand sich ausser dem Chauffeur ein Begleitmann, Type Röhms. Wer mochte es sein, der

Herrn von Papen einen Besuch abstattete? Oder inspizierte er ihn gar? Jedenfalls waren wir neugierig. Wir warteten und warteten. Endlich nach anderthalb Stunden erschien der Hauptinsasse des Autos, selbstverständlich mit seiner Hakenkreuzgesinnung am Rock. Und wer war es? Kein anderer als Herr Röhm in höchst eigener Person. Schmunzelnd fuhr er davon. Warum - das ist vorläufig sein Geheimnis und das des Herrn von Papen bzw. seiner Auftraggeber. Vielleicht betrifft es die Aufhebung des SA-Verbotes, vielleicht den Paragraphen 175. Aber was auch richtig ist, Herr Röhm, der in Bolivien so gern mit Negerjungen verkehrte, ist hoffähig geworden! E

Es lebe die Regierung der Nazi-Barone!

SPD. Die am Dienstag zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung geführten Verhandlungen über die Ueberweisung eines Betrages von 100 Millionen durch das Reich an Preussen, sind negativ verlaufen. Die preussische Staatsregierung wird nunmehr den Etat auf dem Wege der Notverordnung in Kraft setzen und den Fehlbetrag von sich aus auszugleichen versuchen. Nachdem das Reich sich geweigert hat, die zugesagten 100 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, ist die preussische Staatsregierung gezwungen selbst Mittel zum Ausgleich des Etats zu beschaffen. Eine entsprechende Entscheidung ist am Mittwoch zu erwarten.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Vom Herrenklub zum Herrenhaus.

SPD. Die Keimzelle des Kabinetts Papen-Schleicher ist nach durchaus zuverlässigen Berichten der sogenannte Deutsche Herrenklub. Dieser Klub wurde im Jahre 1924 von Heinrich von Gleichen zusammen mit einem Herrn von Alvensleben gegründet. Dort trafen sich die ostelbischen Grossgrundbesitzer und die Industriemagnaten aus dem Westen, Herr von Papen war prominentes Mitglied.

Das Gesicht dieses Klubs und das Gesicht der neuen Regierung sind einander durchaus ähnlich. Würde Hitler für das Kabinett der Barone nicht das Stimmvieh stellen, so würde die Regierung der Freiherren nicht viel mehr hinter sich haben als der Klub der Herren. Was diese Regierung der Freiherren aus dem Herrenklub will, darüber hat Stegerwald ein treffendes Wort gesprochen, als er gegenüber den sozialreaktionären Plänen bemerkte: "Da fehlt nur noch das Dreiklassenwahlrecht!" Das Geldsackwahlrecht, das 85% der Wähler praktisch das Wahlrecht entzog, und von dem Bismarck gesagt hat: "ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgend einem Staate erdacht worden" - das würde ausgezeichnet zu dieser Regierung passen!

Zum Dreiklassenwahlrecht aber gehört notwendig - das Herrenhaus. Was das Herrenhaus war - wer weiss es heute noch von den Jungen, die den Nazis nachlaufen? Im Jahre 1913 setzte sich das Herrenhaus wie folgt zusammen: die königlichen Prinzen, das Haupt der fürstlichen Familie von Hohenzollern, 22 ehemals reichsständige Herzöge, Fürsten und Grafen, 51 Herzöge, Fürsten, Prinzen, Grafen und Standesherrn, die zur Herrenkurie des vereinigten Landtags berufen gewesen waren, 42 Herzöge, Fürsten, Grafen und Barone, denen das erbliche Recht besonders verliehen ist, der Landhofmarschall, der Obermarschall, der Oberburggraf und der Kanzler in Preussen, 3 Vertreter der Domkapitel, 8 Vertreter der Provinzialverbände der Grafen, 18 Vertreter von Familienverbänden, 90 Vertreter der Verbände des alten und befestigten Grundbesitzes, 10 Vertreter der Landesuniversitäten, 51 Vertreter von Städten, 93 aus besonderem allerhöchsten Vertrauen berufen (meist Fürsten, Prinzen, Rittergutsbesitzer, Minister, Beamte, Geistliche, auch einige Gelehrte und Kaufleute). So sahen sie damals aus, Das hat in Preussen regiert, und das wollen sie jetzt wieder haben! Der Deutsche Herrenklub als verkleinerte Auflage des Herrenhauses hat eine Reichsregierung der Barone geboren und mit Hilfe dieser Reichsregierung soll die Herrschaft der seinerzeit im Herrenhaus vorherrschenden feudalen Klasse in Deutschland aufs neue stabilisiert werden.

Die "Herren" werden sich gewaltig täuschen, wenn sie glauben, dass für die Wiederkehr dieser Zeiten in Deutschland Möglichkeiten vorhanden wären!

Dr.wesp.

SPD. Wie wir hören, steht für nationalsozialistische Akademiker eine Neueinrichtung in Aussicht, die in diesen Kreisen mit grossem Beifall aufgenommen werden wird. Für alle nationalsozialistischen Akademiker, die infolge ihrer Tätigkeit in Hitlers SA. und ähnlichen Organisationen in wissenschaftlichen Fächern nicht recht auf dem laufenden sind, wird die Möglichkeit geschaffen, zum Dr.wesp. zu promovieren.

Dr.wesp. - das bedeutet Doktor des Wehrsports. Die Hitlerfraktion an der Münchener Universität hat beantragt, dass zu einem Examen an der Münchener

Universität nur der Student zugelassen werden darf, der mindestens 2 Semester Wehrsport (Schiessen, Geländeübungen, Gepäckmärsche, Kartenlesen) nachweisen kann. Zu diesem Zweck soll ein Wehrsportbuch geschaffen werden, in dem die Leistungen der Studenten eingetragen werden und das bei Meldung zu einem Examen erst geprüft wird.

Dieser Antrag hat, wie wir hören, bei allen Unterrichtsverwaltungen solche Begeisterung erweckt, dass darüber hinaus sofort beim Eintritt des Dritten Reiches die Einarichtung des Dr.wesp. geschaffen werden soll.

Schiessen - möglichst aus dem Hinterhalt auf einen wehrlosen Gegner - ist die Hauptsache, Wissenschaft ist im Dritten Reich nicht mehr nötig!

Der Eid will geschworen sein!

Vor dem Amtsgericht Regensburg wird demnächst ein Eid geleistet werden, der geschworen sein will! Die Gauleitung der NSDAP-Oberpfalz hat eine grosse Anzahl von Regensburger Geschäftsleuten dadurch schwer geschädigt, dass sie bei ihnen in grossem Umfange Schulden gemacht hat und nun ihren Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Gläubiger haben sie verklagt, sie haben ein obsiegender Urteil erreicht, können aber trotzdem nichts erhalten. Darauf ist nurmehr gegen die Gauleitung der NSDAP Haftbefehl zur Erzwingung des Offenbarungseides erlassen worden.

Werden die Herrschaften schwören, dass sie arm sind wie die Kirchenmäuse, dass sie nichts zu tun haben mit dem Kampfschatz der NSDAP., dass Herr Hitler zwar das Braune Palais in München und einen Mercedeswagen für 40 000 Mark besitzt - dass sie aber nicht in der Lage sind, kleine Geschäftsleute zu bezahlen, bei denen sie Schulden gemacht haben und die sie nun ruinieren?

Den Regensburger Gläubigern des Schwindelgeschäfts der NSDAP sind die Augen aufgegangen! Wann werden sie den Mitläufern aufgehen, die den Nationalsozialisten nachlaufen?

Die wahren Christen.

Die Regierung der Barone hat sich dem Volke als die Vertreterin des allein richtigen Christentums und als die Inhaberin des Monopols auf wahrhaft christliche Gesinnung vorgestellt. Sie kann dies umsoeher, als sie sich auf die Nationalsozialisten stützt und weil die Nationalsozialisten offenkundig die einzig wahren Interpreten christlicher Anschauungen sind. Hat doch Alfred Rosenberg das Alte Testament als "Zuhälter- und Viehhändlergeschichten" bezeichnet, den Papst als "Medizinmann" und Gott als einen "gehobenen Dämon!"

Der nationalsozialistische Studentenführer Schmiedel schrieb in den "Akademischen Blättern" No. 12, Jahrgang 1930:

"Früher oder später wird es aber doch gesagt werden müssen, dass der Nationalsozialismus sich nicht auf den Boden unseres heutigen Christentums stellen kann, das nationalsozialistische Erlebnis drängt auch hier zu neuen Dingen.

Und Gottfried Feder schrieb in der ersten Auflage seines Programms der NSDAP:

"Gewiss wird dereinst auch das deutsche Volk eine Form finden für seine Gotterkenntnis, sein Gottesleben, wie es sein nordisches Blutsteil verlangt. Gewiss wird erst dann die Dreieinigkeit des Blutes, des Glaubens und des Staates vollkommen sein."

Diese Patentchristen stellen sich jetzt als Hüter des Christentums gegen den Atheismus und gegen die Gottlosen vor! Sie sagen Christentum - aber sie meinen Reaktion!

Aus aller Welt

Unheimliche Götter.

Das Paradies der Menschenhaie im Stillen Ozean.

SPD. Auf einer Insel des Stillen Ozeans, die zur Tubai-Gruppe gehört, wurden Eingeborene entdeckt, die Haifischanbeter sind.

Ostwärts von Waehusett - Riff, mitten in den warmen Strömungen des Südäquatorials, liegen kleine Felsgruppen im Stillen Ozean: die letzten Ausläufer der Südseeinseln. Selten passiert ein Dampfer diese Küsten. Es sind meist Walfänger. Die Eingeborenen kennen die schlingernden, rauchspeienden, stampfenden Ungeheuer fast nur aus der Ferne, wenn sie mit der Regelmässigkeit des Mondwechsels vorüberziehen, im Pendelverkehr zwischen Auckland und Californien.

Fast unberührt liegt das Land; nur auf der grössten dieser Inseln leben einige Europäer: Missionare, Beamte, meist Franzosen. Ab und zu wendet ein alter Segler den Kurs und hält auf eine der Inseln zu. Legt das Schiff an, so stehen die Eingeborenen, Männer, Frauen und Kinder am Strande, tauschen köstliche Früchte ein und handeln mit dem Wenigen, was die heisse Erde dieser Zone trägt.

Das Gratisfestmahl aus der Südsee.

Fruchtbar ist das Land auf den Tubai-Inseln-, fruchtbarer noch ist die See! Alljährlich steigt der Paolowurm, oder richtiger ein Teil von ihm, aus der Tiefe des Meeres empor und verhilft den Eingeborenen zu ihren grossen Festschmäusen. Grosse, lachsartige Fische können im seichten und lauen Wasser von den Strandfelsen aus mit Speeren gefischt werden. Bunte Muscheln schwemmt das Meer an die Gestade. Das Meer ist den Bewohnern dieser Eilande unerschöpfliche Lebensspenderin. Deshalb lieben die braunen Menschen der Südsee das Wasser weit mehr noch als ihr Land. In ihren Gesängen und Tänzen, in der Musik und in ihren Lebensgewohnheiten ist der Rhythmus der See zu spüren. Sie verehren das Meer in einem primitiven Kult barbarischster Religion und erheben es zur Gottheit ihres Glaubens.

Die Menschenjäger.

Fruchtbar ist die See, aber auch furchtbar zugleich! Wenn die Eingeborenen mit Netzen und Harpunen in kleinen, flinken Booten zum Fischfang hinausfahren, wenn die Segler sich der Küste nähern, dann steigen plötzlich und unvermittelt aus den Tiefen der See die grimmigsten und gefährlichsten Bestien auf, die Ozeane bergen. In Rudeln und vereinzelt sind sie plötzlich zur Stelle, Beute witternd und ungerufen, die Blau- oder Menschenhaie! Unermüdetlich, hungrig, in tagelanger Wanderung durch die lange Dünung des Ozeans, verfolgen sie die sich der Küste nähernden Schiffe, die Fischerflottillen der Eingeborenen. Stetig umlauern sie ihre Beute und ziehen weite, unregelmässige Kreise um Schiffe und Boote. Wie ein Warnungsschild ragt überall die schwarze, dreieckige Rückenflosse aus dem Wasser heraus, feindliche Spritzegel vorm Winde, jedem Beobachter sofort den Standort der gefrässigen Tiere verratend.

Gefrässige Gottheiten.

Diese Haie, die das Meer immer und immer wieder gegen die Menschen ausspeit, sind auf einigen der Tubai-Inseln Gegenstand höchster religiöser Ver-

ehrung geworden. Kürzlich wurde hier eine der merkwürdigsten Sekten, die die Menschengeschichte kennt, entdeckt; die sogenannten Raubfisch- oder Haianbeter. Diese Sektierer verehren die Hyänen des Meeres abgöttisch. Einmal im Monat werden den unheimlichen Gottheiten Opfer dargebracht. Den Mitgliedern dieses religiösen Bundes ist es untersagt, auch bei Lebensgefahr einen Hai anzugreifen oder gar zu töten. Mit fanatischem Eifer werden den Haien Tieropfer, meist Hunde und Schweine, vorgeworfen; in früherer Zeit fielen auch zahlreiche Menschenleben dem Haiwahn der Eingeborenen zum Opfer. Die Sekte besitzt eine grössere Macht über ihre Anhänger, als sie wohl jemals eine kirchliche Institution gehabt hat.

Haifischamulette, der kommende Modeschrei?

Amulette von Haifischzähnen und Knochen stehen hoch im Preis. Vor allem dann, wenn sie der Schamane bei den nächtlichen Opferfesten geweiht hat. Eingeborene, die durch den Biss eines Haies verletzt worden sind, geniessen sehr hohes Ansehen, sie spielen oft die Rolle von Aposteln. Natürlich bekommt der eigenartige Kult der Haifischanbeter den Haifischen sehr gut. Um die Inseln wimmelt es von dreisten Haien. Während der Opfertage finden grosse Prozessionen am Strande statt, vor dem Mannbarkeitsfeste werden besonders reichliche Tieropfer ins Meer geworfen und damit die "heiligen Haie" gefüttert. Der Kult erinnert lebhaft an die Behandlung der Abgottscllangen in Aegypten, oder an den weit harmloseren der heiligen indischen Kühe. Oft ist es passiert, das bei den Tänzen am Strande einer der fanatisierten Tänzer plötzlich ins Wasser lief, um nie wieder zurückzukehren. Die "heiligen Haie" hatten es vorgezogen, ihn zu verspeisen!

Heute ist das Auftauchen der Haianbeter im Rahmen unserer Kultur eine "Sensation". Wie lange aber wird es noch dauern, bis dieser Kult ein lohnendes Geschäft für die Industrie von Talmikuriosa geworden ist? Haifischamulette, "Made in USA"? Auch die "Götterdämmerung" der Tubai-Haie ist nur noch eine Frage der Zeit!

Riesensumpf Devaheim. † Im Devaheimprozess beschäftigte man sich am Dienstag weiterhin mit der Zuteilung der Spargelder. Dieses Kapitel der Devaheim-Misswirtschaft ist besonders dunkel. Die Anklage stellt fest, dass die Zuteilung der Spargelder nicht nur ordnungswidrig erfolgte, sondern dass auch in vielen Fällen Zuteilungen an Personen erfolgten, die überhaupt keine Darlehnsansprüche hatten. Diese üblen Manipulationen mit dem Gelde der Armen geschahen mit Hilfe fingierter Verträge, bei denen die Einzahlung durch Belastung anderer Konten buchmässig "in Ordnung ging". Auch mit dem System der Schlüsselzahlen trieb man den schlimmsten Missbrauch; die Protektions- und Vetternwirtschaft schanzte den Vertrauten unverdiente Beträge zu. Wie das gemacht wurde, zeigt ein Beispiel: die Heimstättenbank hatte auf Anweisung des famosen Pastors Cremer und des "Generaldirektors" Jeppel dem Bankhaus Hennings & Co. eine Zahlung in Höhe von 268 000 Mark zugeführt. Die Zahlung war unzulässig. Die Anklage behauptet nun, dass Jeppel und Cremer versucht hätten, durch einen fingierten Sparvertrag eine Darlehnsvermittlung für Hennings & Co. zu konstruieren, um so ein illegales Geschäft legal zu machen. Auf diese Weise gingen die Millionen der armen Sparer vor die Hunde und Herr Pastor Cremer gab dazu nicht nur seinen höchst unchristlichen Segen, sondern beteiligte sich auch aktiv an den Schiebungen.

+ + +
† Panik im Luxushotel. In einem Luxushotel der Stadt Cleveland (USA) brach am Dienstag vormittag ein Grossfeuer aus. Die Hotelgäste wurden von einer Panik ergriffen und kletterten auf der Flucht vor den Flammen an die Fensterkreuze der Hotelzimmer. Die alarmierte Feuerwehr brachte 14 verletzte Personen ins Krankenhaus, 4 Menschen kamen in den Flammen um.

+ + +

Die Sklarek-Plädoyers. Im Sklarekprozess wurden am Dienstag die Plädoyers fortgesetzt. Rechtsanwalt Braubach sprach für den angeklagten früheren Bürgermeister Kohl-Cöpenick. Er richtete scharfe Angriffe gegen den Oberstaatsanwalt, dem er eine tendenziöse Behandlung der Prozessmaterie zum Vorwurf machte. Der Verteidiger beantragte für seinen Klienten Freispruch, da seine Vergehen nicht strafrechtlicher Natur seien.

Adler als Kindesräuber. In dem norwegischen Dorfe Ytrenamdalen stürzte sich ein Adler auf ein vierjähriges Kind, das vor einem Bauerngehöft spielte, und flog mit ihm davon. Die gesamte Einwohnerschaft des Ortes begab sich auf die Jagd nach dem Raubvogel und seinem Opfer. Nach neunstündigem Suchen gelang es, das geraubte Kind in der Nähe des Adlerhorstes aufzufinden. Es hatte leichte Verletzungen erlitten.

Darlehensschwindler. Vor der Grossen Strafkammer in Köln begann am Dienstag ein grosser Darlehensschwindelprozess gegen einen 65 Jahre alten Kaufmann Gerhard Stüttgen und seinen Sohn. Beide haben sich wegen Betrugs in 19 Fällen zu verantworten. Die Angeklagten hatten sich von den Darlehenssuchern, an die sie Geld verliehen, als Sicherheit Grundschuldbriefe geben lassen, die sie nicht auftragsgemäss verwendeten. Sie nahmen von ihren Opfern Zinsen bis zu 26 Prozent. Die Wechsel, gegen die sie das Geld liehen, wurden bei den Geprellten zur Einlösung vorgezeigt, noch ehe das Darlehen überhaupt gegeben war. Der Prozess, in dessen Verlauf eine grosse Anzahl Zeugen vernommen werden, dürfte etwa zwei Wochen dauern.

Der Tod in der Laube. In einer Laube in Berlin-Rangsdorf entstand in der Dienstagnacht ein Brand, bei dem eine Frau so schwere Verletzungen erlitt, dass sie nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus verstarb. Die beiden Kinder der Unglücklichen konnten sich im letzten Augenblick in Sicherheit bringen.

Der Muttermörder verhaftet. Der Muttermörder Ludwig Schöss, der durch sein grausiges Paket am Montag die französische Botschaft in grösste Aufregung versetzt hatte, konnte am Dienstag vormittag in einem Haus in der Walsstrasse in Berlin festgenommen werden. Der geisteskranke Mörder, der bereits seit Tagen umherirrte, hatte sich in die Wohnung des Justizrats Dr. Guthmann begeben. Die Tochter des Justizrates liess Schöss im Flur warten und benachrichtete die Mordinspektion. Der geisteskranke Mörder wird am Mittwoch in eine geschlossene Anstalt bei Lübeck überführt werden.

Schweres Autounglück. Ein Autobus, der von Selz nach Prag fuhr, kam am Dienstag kurz nach der Abfahrt ins Gleiten und stiess mit einem Lastkraftwagen zusammen. Der stark besetzte Autobus überschlug sich und stürzte in den Strassengraben. Der Wagen wurde zertrümmert, 29 Personen erlitten Verletzungen.

Ihr letztes Wort. Im Gubener Mordprozess erhielten die Angeklagten Frauen Ziehm und Ladewig das letzte Wort. Beide Angeklagten erklärten sich für völlig unschuldig. Während Frau Ziehm in Weinkrämpfe ausbrach, blieb Frau Ladewig von den Dingen so unberührt, als ob sie sie nichts angingen.

Der Prügelpfarrer von Waldhof. Im weiteren Verlauf des Prozesses der Waldhofer Prügelanstalt wurden sowohl die Angeklagten als auch der Direktor der Anstalt, Pfarrer Grüber, aufs Schwerste belastet. Pfarrer Grüber konnte nicht leugnen, Zöglinge geprügelt und über den Hof geschleift zu haben. Misshandlungen waren in diesem seltsamen "Erziehungsinstitut" überhaupt an der Tagesordnung.



Der neue Bauarbeiterlohn.

Wo bleibt die Allgemeinverbindlichkeit?

SPD. Mit der Verbindlicherklärung der Schiedssprüche zur Neuregelung der Bauarbeiterlöhne in den Lohngebieten Rheinland, Westdeutschland, Siegerland, Westfalen-Ost und Lippe, Braunschweig und Görlitz hat die Lohnbewegung im Baugewerbe für die Tarifvertragsparteien ihren Abschluss gefunden. Für die Vertragsparteien bestehen jetzt überall rechtsverbindliche Vereinbarungen. In den genannten Lohngebieten war bei den Nachverhandlungen keine Vereinbarung mit den Unternehmern zu erzielen, weil sie infolge der Regierungskrise Morgenluft witterten. Als die Regierung Brüning wankte, wurde z.B. für Westdeutschland sofort ein weiterer Lohnabbau um 5 Pfennig und für Görlitz sogar ein Abbau um 8 Pfennig über die Sonderschlichterschiedssprüche hinaus gefordert.

Für das Baugewerbe, für die Bauarbeiter sowohl wie für die Unternehmer, steht nun die Frage der Allgemeinverbindlichkeit der Tariflöhne im Vordergrund. Den Arbeitern muss auch bei unorganisierten Unternehmern der Tariflohn sicher sein, und ebenso muss der organisierte tariftreue Unternehmer gegen untertarifliche Schmutzkonzurrenz unorganisierter Unternehmer geschützt werden. Die Allgemeinverbindlichkeit ist sowohl eine soziale wie eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die entsprechenden Anträge sind von den Tarifparteien bereits gestellt, und man darf erwarten, die Allgemeinverbindlicherklärung so rasch wie möglich ausgesprochen wird.

Im Bauarbeiterlohn ist nunmehr das Höchstmass von Abbaumöglichkeit erreicht, zum Teil bereits sogar überschritten. Die Bauarbeiter stehen heute mit ihren Löhnen vielfach schlechter da als die Arbeiter anderer Berufe, in denen die Verdienstmöglichkeiten noch besser sind als im Baugewerbe mit seinen 82 Prozent Arbeitslosen im Juni. Ein Vergleich mit den regelmässig vom ADGB veröffentlichten Tariflöhnen zeigt, dass jetzt die Maurerlöhne in 25 Städten niedriger stehen als die der Brauereiarbeiter, in 21 Städten niedriger als die der Buchdrucker, in 20 Städten niedriger als die Löhne der Böttcher, in 12 Städten stehen sie unter den Löhnen der Tapezierer, in 7 unter dem Lohn der Bäcker, in 6 unter dem der Möbeltischler, in weiteren 6 Städten unter den Lohnsätzen der Herrensneiderlöhne; in 3 Fällen stehen sie niedriger als die Löhne der Buchbinder und in 2 Städten niedriger als die Löhne in der Lederwarenindustrie und in den Fabrikbetrieben der Metallindustrie. Im allgemeinen liegen heute die Maurerlöhne auf der gleichen Höhe mit den Lohnsätzen anderer Berufe gleichwertigen Charakters. Nur in wenigen Fällen haben sie noch einen und dann nur noch einen geringen Vorsprung.

In vielen Bezirken ist der Bauarbeiterlohn vom Abbau fürchterlich mitgenommen worden. So betrug zum Beispiel im April 1931 in einigen Orten des Vertragsgebietes Nahe der Maurerlohn noch 108 Pfennig; im gleichen Jahr wurde er auf 75 Pfennig und danach durch die Vierte Notverordnung auf 73 Pfennig abgebaut. Dann kam der Sonderschlichter und baute durch Schiedsspruch weitere 23 Pfennig ab, sodass der Lohn jetzt nur noch 50 Pfennig beträgt. Innerhalb eines Jahres wurde also in diesem Fall der Stundenlohn von 108 auf 50 Pfennig, d.h. um mehr als die Hälfte (genau um 53,7 Prozent) abgebaut. Der im Nahegebiet gezahlte Lohn ist heute um 6 Pfennig niedriger als der im Januar 1924 durch Umrechnung der Papiermarklöhne festgesetzte erste Goldpfennig

niglohn nach der Inflation.

Der nunmehr durchgeführte Lohnabbau im Baugewerbe beträgt in 24 von rund 40 Vertragsgebieten für Maurer, Zimmerer und Zementfacharbeiter bis zu 31,2 Prozent, und selbst im Tiefbau ist in 20 Vertragsgebieten der Lohn um mehr als 20 Prozent bis zu 34,7 Prozent abgebaut worden, sodass der niedrigste Stundenlohn heute im Tiefbaugewerbe 38 Pfennig beträgt.

Wird nun endlich das sinnlose Gerede über die "zu hohen" Bauarbeiterlöhne verstummen? Nirgends in Deutschland gibt es heute hohe Löhne - auch nicht im Baugewerbe. Sein Lohn ist abgebaut, die von den Unternehmern in Aussicht gestellte Belebung des Baumarktes infolge des Lohnabbaus ist jedoch nicht eingetreten. Wenn die Lage auf dem Baumarkt nicht noch schlimmer werden soll, dann müssen so rasch wie möglich durch Allgemeinverbindlicherklärung der neuen Löhne Ordnung und Festigkeit in den Lohnverhältnissen des Baugewerbes wieder hergestellt werden; denn beides ist eine der Hauptvoraussetzungen für die Auftragsvergebung.

SPD. Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten beträgt nach den Schätzungen der Gewerkschaften gegenwärtig 10½ Millionen.

In England belief sich am 23. Mai die Arbeitslosenziffer auf 2 741 306; das bedeutet gegenüber dem 25. April eine Zunahme um 89 124 Arbeitslose. Das Inflationsexperiment und die scharfe Steigerung der Zölle haben also die Zunahme der Arbeitslosigkeit in England nicht unterbinden können.

SPD. Der Vorstand des IGB tritt am Donnerstag in Berlin zu einer Sitzung zusammen, die sich mit den Ergebnissen der Ausschusstagung in Bern und den Massnahmen befassen wird, die sich aus der vor einigen Wochen in Genf stattgefundenen Internationalen Gewerkschaftskonferenz ergeben. Darüber hinaus stehen auf der Tagesordnung die Besprechung des Reparationsproblems im Zusammenhang mit dem einschlägigen Antrag, der von der Arbeitergruppe auf der letzten internationalen Arbeitskonferenz gestellt wurde, ferner die Beratung des Entwurfes der sozialpolitischen Richtlinien des IGB und eines Erziehungsprogramms, sowie die Fragen des Vierländerkomitees und des Antikriegskomitees.

SPD. Der Tarif der Kölner Brauereiarbeiter ist von den Unternehmern gekündigt worden. Sie fordern eine direkte Lohnkürzung um 7 Prozent. Die Lehrlinge sollen künftig ausserhalb des Tarifs bleiben. Trotz der Fünftagewoche möchte man sich die Möglichkeit der neunstündigen Arbeitszeit offen halten. Alles in allem betragen die geforderten materiellen Verschlechterungen einen Abbau um 25 bis 30 Prozent.

Die Kölner Brauereiarbeiter haben die Forderung der Unternehmer einmütig abgelehnt.

SPD. Die Ausbildung der arbeitslosen Jugendlichen gehört zu den brennendsten sozialpolitischen Fragen. Wir haben eine Million jugendliche Arbeitslose. Jährlich kommen 600 000 junge Menschen neu von der Schule auf den Arbeitsmarkt. Damit sie nicht direkt von der Schule den Gefahren der Arbeitslosigkeit ausgeliefert werden, sollen sie - darüber sind sich Gewerkschaften, Behörden und Unternehmer einig - in sogenannten Vorlehrcursen wenigstens eine gewisse Ausbildungsmöglichkeit in den ohnehin halb stillliegenden Werkstätten

erhalten. Die Vorlehre soll eine möglichst vielgestaltige Ausbildung sichern, z.B. in der Metallindustrie Schulung auch in einfachen Arbeiten am Schmeldefeuer und an den Werkzeugmaschinen. Praktisch und theoretisch soll die Vorlehre durchgeführt werden.

Da die Vorlehre ohne jede vertragliche Bindung (Arbeits- oder Lehrverhältnis) vor sich geht, ist von freigewerkschaftlicher Seite die Befürchtung geäußert worden, dass die Vorlehre schliesslich das ordentliche Lehrverhältnis ganz verdrängt. Von Unternehmerseite wird dem entgegengehalten, dass jedes Unternehmen, wenn die Verhältnisse es ihm einigermaßen erlauben, sicherlich einen ordentlichen Lehrvertrag abschliesse, da nur eine gegenseitige Bindung auf längere Zeit die Möglichkeit gebe, die auf die Ausbildung verwandte Mühe im späteren Verlauf der Lehrzeit auch wieder für den Betrieb nutzbar zu machen.

Mit diesem Hinweis können die Bedenken der Gewerkschaften nicht völlig entkräftet werden. Einstweilen haben wir noch keine normalen Verhältnisse, auf lange Zeit hinaus besteht daher die Gefahr, dass so mancher Meister die Vorlehre einfach als Ersatz für ein reguläres Lehrverhältnis betrachtet, eben weil die Vorlehre auf keinem Vertragsverhältnis beruht und also auch der Meister gegenüber dem Lehrling keinerlei rechtlich festgelegte Verpflichtungen hat. Die freien Gewerkschaften wollen nicht, dass die Vorlehre völlig im Belieben des Unternehmers liegt. Die Berufsschule soll den Lehrling in die Vorlehre vermitteln und ganz allgemein in die Regelung der Vorlehrcurse soweit eingeschaltet werden, dass Missbrauch mit dem Lehrling von vornherein unterbunden wird.

SPD. Dem Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwest Kaelin-Stuttgart ist, wie verlautet, der Posten des Staatssekretärs im Reichsarbeitsministerium angeboten worden. Wir finden dieses Angebot etwas eigenartig; denn Herr Kaelin hat bereits den Posten des Reichsarbeitsministers, der ihm ebenfalls angeboten worden war, abgelehnt. Wenn er die Verantwortung des Reichsarbeitsministers nicht übernehmen will, dann kann er doch auch nicht die des Staatssekretärs auf sich nehmen.

Die Papenregierung versucht ganz offensichtlich, um jeden Preis mit dem Zentrum in Kontakt zu kommen. Nur so erklärt sich ihr Bemühen, weit rechtsstehende Zentrumsleute auf verantwortliche Posten zu bringen und zwar vor allem dort, wo sie so etwas wie Blitzableiter nötig hat: im Reichsarbeitsministerium. Der Kurs dieses Ministeriums wird unter der neuen Regierung gewiss nicht von dem neuen Arbeitsminister Herrn Schäffer, bestimmt; denn dieser fühlt sich, wie aus seiner ganzen bisherigen Laufbahn hervorgeht, in erster Linie als Beamter. Er ist kein Mann der selbständigen Initiative wie etwa Stegerwald. Der Kurs seines Ministeriums dürfte daher völlig hinter den Kulissen, d.h. von den Scherfmachern der Schwerindustrie und des Grossagrariertums, ausgerichtet werden. Aber eben deswegen möchte man den christlichen Arbeitern dadurch, dass man im Reichsarbeitsministerium einen Zentrumsmann auf den Posten des Staatssekretärs stellt, den Mund verbieten.

SPD. Der Zentralverband der niederländischen Beamten zählte, wie dieser Tage auf seinem Verbandstag in Alkmaar (Nordholland) vom Verbandsvorsitzenden festgestellt wurde, am 1. Januar d.J. 13 400 Mitglieder. Das Verbandsvermögen ist auf 182 000 Gulden gestiegen.



Osthilfe der Papenheimer.

Die Barone retten bankrotte Ostelbier.- Was ist mit den Siedlungsversprechungen der Nazis?

SPD. Mit der Regierung Brüning ist das grosse Siedlungsprojekt im Osten zusammengefallen. Uebrig geblieben ist nur noch die Erinnerung an grosse Worte, die man einstmals gerade in Kreisen der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten hörte. Mit welcher Energie wurde nicht die Osthilfe gefordert? Die menschenleeren Räume müssten bevölkert werden, um das Land zu verteidigen. Es müssten Hunderttausende von Bauern im Osten angesiedelt werden, um Ostdeutschland nicht zu unverteidigter und unrentabler Heide und Kiefernwald werden zu lassen. Was ist geblieben? Eine neue Subvention für die bankrotte Grosslandwirtschaft. Schlimmes Erwachen aus Siedlungsträumen!

Es war kein Zufall, dass man den Reichspräsidenten, als der Sturz der Regierung Brüning in Szene gesetzt werden sollte, auf sein ostpreussisches Gut Neudeck in Urlaub schickte. Hier meldeten sich alte Freunde und Bekannte und klagten - gegen den Siedlungsbolschewismus der Regierung Brüning. Zu gleicher Zeit erhob sich der Sturm in der Rechtspresse gegen das Brüning'sche Siedlungsprogramm. Bolschewismus hiess es hier, Bolschewismus dort.

Wie steht es nun mit dem besagten Siedlungsbolschewismus? Da alle Umschuldungsmassnahmen, die Riesensubventionen, die den Grossgrundbesitzern zu Lasten der gesamten deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren zuflossen, nicht verhindern konnten, dass die ostelbischen Junker hoffnungslos verschuldeten und seit langem nicht mehr sanierungsfähig sind, entschloss sich das Kabinett Brüning zu einer raschen Liquidierung der bankrotten Betriebe. Der Ostkommissar sollte das Recht erhalten, zu einem Preis, der dem Wert der ersten Hypothek entspricht, die bankrotten Güter in der Zwangsversteigerung aufzukaufen. Das Reich hingegen hätte sich zu verpflichten, mindestens die erste Hypothek zu übernehmen, die, soweit sie 50 % des Einheitswertes übersteigt, durch 6prozentige Schuldverschreibungen abzulösen war. Dadurch sollte der Realkredit gesichert werden. Diese Sicherung war zugunsten der unter grossagrarischem Einfluss stehenden Landschaftsbanken gedacht, die schon seit Jahren vom Reich subventioniert werden. So werden z.B. die Pfandbriefzinsen bei diesen Landschaftsbanken aus Reichsmitteln bezahlt, wenn die grossagrарischen Besitzer nicht zahlen. Ohne diese Reichshilfe wären die feudalen landwirtschaftlichen Banken schon längst gezwungen gewesen, Zwangsversteigerungen in grösserem Umfange vorzunehmen.

Nun war das Reich schon bereit, die obenerwähnte Garantie für die erste Hypothek zu übernehmen. Aber man befürchtete, dass sie Landschaftsbanken und die grossagrарischen Schuldner sich verständigen würden, um die Zwangsversteigerungen hinauszuschieben. Deshalb hat das Reich der entsprechenden Notverordnung die Vorschrift beigefügt, dass das Reich auch von sich aus, also gegen den Willen der Gläubiger, überschuldete Betriebe zur Zwangsversteigerung bringen könne.

Hier hakten die Grossagrарier und ihre politischen Agenten ein. Sie erklärten, es sei reiner Bolschewismus, wenn man einem Gläubiger verwehren wolle, einen ihm verschuldeten Betrieb selbst in der Zwangsversteigerung zu kaufen.

Von den nur allzu berechtigten Befürchtungen des Reiches wurde mit keiner Silbe gesprochen, obwohl der Schwindel, der die Befürchtungen des Reiches hervorrief, schon seit langem betrieben wird. So bringt z.B. die ostpreussische Landschaftsbank schon seit Jahren alle Güter, wo sie eine Hypothek an gesicherter Stelle hat, zur Versteigerung und lässt alle anderen Forderungen ausfallen. Die ausfallenden Gläubiger werden glattweg enteignet und betrogen. Die bankrotten Grossbesitzer behalten ihre Güter. Sie werden auf Kosten der Betrogenen und Getäuschten saniert.

Das soll nun Regierungspolitik werden. Der Schwindel, den man bisher in Ostpreussen getrieben hat, soll Richtschnur der neuen Ostpolitik sein. Was dabei heraus kommt, lässt sich denken. Die "Papenheimer" wissen nur allzu gut, was sie wollen. Die neue Regierung hält es für richtig, in Zeit schlimmster Not die übrige deutsche Wirtschaft unerträglich zu belasten, um Grossagrariern ihre Güter zu erhalten, die sie, wie sie ja zur Genüge zeigten, nicht bewirtschaften können und von denen ihnen weder Kuh noch Nagel mehr gehört. Das ist die berühmte Besitzerhaltung, mit der man das Kabinett Brüning in Neudeck beim Reichspräsidenten erledigt hat.

Es muss leider gesagt werden, die Regierung Brüning hat den Papenheimern ihr Spiel sehr leicht gemacht. Durch eine Fülle von Fehlern in ihren Siedlungsprojekten. Diese Fehler, auf die die Sozialdemokraten von Anfang an hingewiesen haben, bestanden in einer Ueberschätzung der Siedlungsmöglichkeiten im Osten überhaupt. Was haben wir nicht alles gehört! Das anfallende Land sollte restlos in kleine Siedlungen aufgeteilt werden. Das ist alles schön und gut. Aber man betrachtet damit die Siedlung nur vom arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkt. Man kam nicht darüber ins Klare, wie die neuen Siedler, die man im Osten ansetzen wollte, überhaupt leben konnten. Bestenfalls, soweit die Pleite die neuen Siedler nicht weggespült hätte, wäre ein sozial und politisch gefährliches Siedlerproletariat entstanden. Das war die Klippe des Brüning'schen Siedlungsprojekts und die Sachkenner, wozu auch der jetzige Reichsinnenminister Freiherr von Gayl gehört, hatten es beim Reichspräsidenten leicht, die Pläne der Regierung Brüning als utopistisch und bolschewistisch abzutun.

Man kann der Regierung Brüning zugutehalten, dass sie unter Druck der nationalsozialistischen Agitation gehandelt hat. Die Nationalsozialisten waren es ja, die mit Siedlungsprojekten die Dörfer, besonders die zweiten Bauernsöhne, verrückt machten, ohne zu sagen, wie diese Siedlungspläne verwirklicht werden könnten. Das Kabinett Brüning hat Versprechungen auf dem Siedlungsgebiet mit der praktischen Wirklichkeit vereinbaren wollen. Es wollte wirklich siedeln. Dabei stiess dieses Kabinett gegen die Grossagrariere - und brach sich dabei den Hals. Gestürzt wurde die Regierung Brüning, die siedeln wollte, durch ein Kabinett, das von den Nationalsozialisten beschützt wird, die erst den ganzen Siedlungsrummel arrangiert haben.

Heute liegen die Dinge so, dass der neuen Regierung, dass den Papenheimern an einer Bereinigung der ostdeutschen Verhältnisse, die nur durch Ausmerzungen aller hoffnungslos überschuldeten Betriebe und ihre Umwandlung in andere, den jetzigen Verhältnissen entsprechende Betriebsformen erfolgen kann, nichts gelegen ist. Die von den Nationalsozialisten tolerierten Papenheimer haben nur das Ziel, die bankrotten Grossgrundbesitzer auf ihrer Klischee zu halten. Das wird Geld, viel Subventionen kosten. Und zahlen wird neben dem Arbeiter auch der west-, süd-, nord- und mitteldeutsche Bauer, die auf die Siedlungsversprechungen der Nazis reingefallen sind.

SPD. Der Reichslandbund, eine der vornehmsten Stützen des Adelskabinetts, hat seine ersten Forderungen bei dem neuen Reichsernährungsminister, dem Freiherrn v. Braun, angemeldet. Es handelt sich um personelle und materielle Forderungen und wir können nur sagen, dass dem deutschen Volke allerhand bevorsteht, wenn die Grossagrarien in diesem löblichen Tun fortfahren und der Reichsernährungsminister, schon im Interesse der Landwirtschaft selbst, nicht die nötige Energie aufbringt, sie abzulehnen. In der Regierungserklärung hat das neue Kabinett die Stirn zu der Behauptung gehabt, das Reich wäre in den letzten Jahren zur "Wohlfahrtsanstalt" für das ganze Volk geworden. Wir können nur sagen, wenn das Reich die Forderungen des Reichslandbundes schluckt, dann wird das ganze Reich eine Wohlfahrtsanstalt für die Grossagrarien.

Materiell fordert der Reichslandbund die Erhöhung des Butterzolls von 45 bzw. 70 auf 100 Mark pro Doppelzentner. Das will bedeuten, dass überhaupt keine ausländische Butter mehr nach Deutschland eingeführt werden kann. Soweit es sich um sogenannte Essbutter handelt, wäre das kein Fehler. Aber betroffen wird davon die billige ausländische Butter, die man in Deutschland als Backbutter gebraucht. Schon bei den gegenwärtigen Zollsätzen fehlt diese Backbutter in Deutschland. Sie kann auch bei uns so billig, dass sie zum Backen zu benutzen ist, nicht hergestellt werden. Andererseits wird die Landwirtschaft von einem Butterzoll von 100 Mark pro dz nichts haben. Die bisherige Entwicklung der Butterpreise hat gezeigt, dass die Preise nicht vom Zoll, sondern von der Kaufkraft der Massen abhängen. Wird diese Kaufkraft aber immer mehr zusammengehauen, und der deutsche Fertigwarenexport durch unsinnige Zölle weiter vernichtet, dann leidet die Landwirtschaft mit dem städtischen Verbraucher; denn wenn keine städtische Verbrauchskraft vorhanden ist, kann der Landwirt seine Ware nicht los werden.

Weiter fordert der Reichslandbund ein Südfrüchte-monopol. Mit diesem Südfrüchte-monopol haben die Nazis monatelang ihre Agitation unter den Gärtnern bestritten. Der Gedanke ist eine Kateridee. Südfrüchte werden nämlich nach Deutschland in einer Zeit eingeführt, wo bei uns kein Obst erzeugt werden kann. Ein Südfrüchte-monopol würde nur eine Aushungerung der breiten Bevölkerung dienen und müsste schlimme Auswirkungen auf den allgemeinen Gesundheitszustand des deutschen Volkes haben.

Die personellen Forderungen des Reichslandbundes erstrecken sich in erster Linie auf die Besetzung der Staatssekretärstelle im Reichsernährungsministerium. Hier offenbart sich so recht die Futterkrippenpolitik des Reichslandbundes. Der Reichslandbund hat für den Staatssekretär im Reichsernährungsministerium den Direktor Sieburg vom Reichslandbund vorgeschlagen. Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, will der Reichslandbund Herrn Sieburg möglichst schnell los werden. Der Reichslandbund beschäftigt nämlich überflüssigerweise drei Direktoren, neben Herrn Sieburg einen Herrn v. Kriegsheim und den bekannten Herrn von Sybel, der bei der letzten Reichstagswahl auf der Landvolkliste gewählt wurde und einige Tage später zur Nationalsozialistischen Partei desertierte. Diese drei Direktoren erhalten ein sehr hohes Gehalt. Das Gehalt soll höher sein als das des deutschen Reichskanzlers. Der Reichslandbund sucht hier die notwendige finanzielle Entlastung und für Herrn Sieburg eine geeignete Futterkrippe, obwohl er weiss, dass Sieburg nicht die notwendigen Qualitäten hat, um die Staatssekretärstelle im Reichsernährungsministerium auszufüllen. Wie es um die Eignung des Herrn Sieburg steht, geht wohl am besten daraus hervor, dass der gegenwärtige Reichsernährungsminister v. Braun den Herrn Sieburg nicht haben will. Die Herren kennen sich seit längerer Zeit und der Reichsernährungsminister wird wissen, weshalb er sich gegen den Vorschlag des Reichslandbundes und gegen Herrn Sieburg ablehnend verhält. Der Reichsernährungsminister will den bisherigen Ministerialdirektor Moritz zum Staatssekretär machen. Moritz, der im Reichsernährungsministerium das Referat über Futtermittel verwaltet, hat immer rechts gestanden. An seinen Fähig-

keiten ist nicht zu zweifeln. Er besitzt schon das Zeug, Staatssekretär zu sein. Wir befürchten aber, das wird ihm nichts nutzen. Er wird wohl das Opfer der Futterkrippenpolitik und Herr Sieburg Staatssekretär werden.

SPD. Die ersten Versuche der Adelsregierung auf finanziellem Gebiet mussten wie blutiger Dilettantismus an. Diese Regierung, die den Mut gehabt hat, dem Kabinett Brüning finanzielle Misswirtschaft vorzuwerfen, entpuppt sich gegenüber den dringenden finanziellen Fragen im Reiche, bei den Ländern und Gemeinden als der Greis auf dem Dache, der sich nicht zu helfen weiss. Hinter den grossen Worten der Rechtskreise steckt nichts anderes als die Kateridee, die Staatdefizite durch die Notenpresse zu decken. Das einige Tage, nach dem die neue Regierung das feierliche Versprechen gegeben hat, Währungsexperimente strikt abzulehnen.

Das Gesagte bezieht sich auf Pläne, die im Reichskabinett während der letzten Tage stark erörtert worden sind und die darauf hinauslaufen, dem Reich einen grösseren Kredit durch Ausgabe neuer Reichsschatzwechsel zu beschaffen. In der Ausgabe neuer Schatzwechsel ist die Reichsregierung - man kann heute sagen: glücklicherweise - nicht souverän. Sie ist gehalten, das Bankgesetz zu berücksichtigen, das auch - Pläne einer Aenderung sind der Internationalen Bank für Zahlungsausgleich anzuzeigen - nicht so ohne weiteres geändert werden kann. Nach diesem Bankgesetz darf die Reichsregierung bei der Reichsbank nur einen Kredit in Höhe von 400 Millionen Mark in Anspruch nehmen. Man hat diese Begrenzung nach der Inflation getroffen, um eine neue Inflation, die von einer Zerrüttung der Reichsfinanzen ausgehen könnte, zu unterbinden. Die Reichsregierung hat den 400 Millionen-Kredit bei der Reichsbank jetzt ausgeschöpft. Die Adelsregierung trägt sich aber mit dem Gedanken, bei der Reichsbank neue Kredite aufzunehmen, wobei sie die Bestimmungen hinsichtlich des 400 Millionen Mark-Kredits umgehen muss.

Diese Umgehung denkt man sich anscheinend so, dass nicht das Reich, sondern diejenigen Industrieunternehmungen bzw. Banken, die dem Reich gehören, Kredite bei der Reichsbank aufnehmen. Die Sache würde sich dann so vollziehen, dass das Reich seinen Industrieunternehmungen Schatzwechsel gibt. Die Industrieunternehmungen schaffen aber Wechsel, mit denen sie sich Kredite bei der Reichsbank beschaffen.

Diese Methode bedeutet eine Umgehung des Bankgesetzes. Sie arbeitet mit Finanzwechseln, die die Reichsbank nicht ankaufen darf. Ein solcher Wechsel wird als Finanzwechsel sofort erkennbar sein und wir können uns nicht denken, dass der Reichsbankpräsident, der stolz auf seine Leistung ist und sein darf, in einigen Monaten für einige hundert Millionen Mark Finanzwechsel aus dem Portefeuille der Reichsbank ausgeschaltet zu haben, sich für die Aktion des Herrn von Papen hergibt.

Die Aktion bedeutet nichts anderes als die Deckung von Defiziten im Reichshaushalt durch kurzfristige Kredite, durch Druck neuer Noten.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 7. Juni. Amtliche Notierung ab Erzeugung, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 106, II. Qualität 99, abfallende Sorten 89 RM je 50 kg. Tendenz: sehr ruhig.

Nachgebend.

(Berliner Getreidebörse vom 7. Juni)

SPD. Die Berliner Produktenbörse wies am Dienstag wieder eine schwächeren Tendenz auf. Im allgemeinen herrschte Abwarten vor. Obwohl das Angebot in prompter Ware nicht grösser geworden war, konnten sich bei Zurückhaltung der Mühlen die Weizenkurse nicht behaupten. Im handelsrechtlichen Lieferungs-geschäft gingen die Kurse um 2 bis 3 Mark zurück und auch am Promptmarkt waren Abschläge von 2 Mark zu verzeichnen. Am Roggenmarkt hat sich die Lage in keiner Weise geändert. Der Promptkurs war um eine Mark niedriger, während am Markte der Zeitgeschäfte nur die Septembernotierungen um 2 Mark nachgaben. Im Mehlhandel hielten sich die Käufer gleichfalls sehr zurück. Für Weizenmehl waren die Mühlen in ihren Forderungen für Herbstlieferungen zwar entgegen-kommend, jedoch herrschte keinerlei Kauflust. Auch Roggenmehl wurde nur in geringen Mengen zur Deckung des laufenden Bedarfs gekauft. Hafer hatte sehr ruhiges Geschäft. Die Forderungen der Landwirte waren beim Konsum schwer durchzuholen.

	6.6.	7.6.
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	263 - 265	261 - 263
Roggen	196 - 198	195 - 197
Industrie- und Futtergerste	173 - 180	172 - 178
Hafer	162 - 165	162 - 165
Weizenmehl	32,00 - 35,75	32,00 - 35,75
Roggenmehl	25,75 - 27,75	25,75 - 27,75
Weizenkleie	10,60 - 11,10	10,60 - 11,10
Roggenkleie	9,80 - 10,30	9,80 - 10,30

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen per Juli 268 (270), Sept. 234½-234 (237), Okt. 236½ plus Brief (239), Dez. 241-240 Brief (243½). Roggen Juli 189 plus Brief (189), Sept. 185½-185 (187) Okt. 186 (186), Dez. 190 (190), Hafer Juli 172½-172 Brief (173½), Sept. 152 (153½).

Rauhfutternotierungen.

Drähtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	Rh	1,15 - 1,35
" " Weizenstroh	Rh	0,95 - 1,10
" " Haferstroh	Rh	0,95 - 1,10
" " Gerstenstroh	Rh	0,95 - 1,10
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	Rh	1,25 - 1,55
Bindfadengepresstes Roggenstroh	Rh	1,15 - 1,35
" " Weizenstroh	Rh	1,-- - 1,15
Häcksel	Tendenz still.....	Rh	1,75 - 2,05
Handelstübliches Heu, gesund und trocken	Rh	1,35 - 1,55
Gutes Heu, gesund und trocken	Rh	2,-- - 2,40
Luzerne, lose	Rh	2,40 - 2,90
Thymothee, lose	Rh	2,50 - 2,80
Kleeheu, lose	Rh	2,30 - 2,60
Drähtgepresstes Heu	Rh	0,40 über Notiz
	Tendenz still.		

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle vom 7. Juni, RM je 50 kg einschliesslich Fracht, Spesen und Provision). Wirsingkohl 50 kg 6 - 8, Blumenkohl 100 Kopf 12 - 20, do. Suppen-, 5 - 10, Kohlrabi Freiland extra gross Schock 1,50 - 2,20, do. Freiland 0,50 - 1,30, Radieschen Schockbund 1,25 - 1,75, Meerrettich 50 kg 45 - 50, Porree je nach Grösse Schock 1,50 - 3, Petersilie grün je nach Grösse 100 Bd. 3 - 5, do. m. Wurzel 50 kg 6 - 10, Salat Freiland 100 Kopf 3 - 6, do. Freiland II. 2 - 2,50, do. Dresdener Schock 5 - 7, Spinat 50 kg 5 - 8, Pfefferlinge 45 - 55, Gurken Treibhaus 100 Stok. 10 - 28, do. holländ. 22 - 32, Spargel I gebündelt 50 kg 30 - 40, do. lose 28 - 37, do. unsortiert 18 - 24, Spargel II. gebündelt 20 - 23, do. lose 17 - 20, Spargel III gebündelt 8 - 12, do. lose 10, grüne Bohnen ital. br. 18 - 24, Schoten ital. 20 - 30, Tomaten Treibhaus 35 - 48, do. holländ. Treibhaus 40 - 46, do. kanar. Kiste 2,50 - 4,50, Rhabarber Freiland 50 kg 1,50 - 2,50.

Aepfel amerik. Kiste 9 - 13, sutral. 13 - 18, Kirschen süsse, ital. 50 kg 32 - 63, Stachelbeeren unreife, holländ. 14 - 16, Erdbeeren holl. 120 - 140, do. ital. 40 - 75, do. Treibhaus hiesige 80 - 160.

Berliner Viehmarkt.

(7. Juni.)

SPD. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb. Dagegen entsprach der Auftrieb auf dem Schweinemarkt mit etwa 13 500 Schweinen nicht voll der Nachfrage. Das Geschäft war deshalb auf dem Schweinemarkt glatt bei anziehenden Preisen in allen Klassen. Am Kälbermarkt konnten die letzten Notierungen gehalten werden. Preissteigerungen setzten sich auf der ganzen Linie auf dem Hammelmarkt durch. Das Geschäft in guter Ware war äusserst lebhaft.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240 - 300 Pfd.) 38 (37), c) (200 bis 240 Pfund) 36-38 (35-37), d) (160 - 200 Pfund) 35-36 (33-34), e) (120-160 Pfund) 31 - 34 (30-32), Sauen 33-34 (32). Schafe: a) 36-38 (35), b) 33-35 (32-34), c) 30 - 32 (28-31), d) 20- 28 (16-26), Kälber: b) 38 - 46 (38-47), c) 27 - 40 (26-40), d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 26- 29 (26-30), b) 22-25 (22-25), c) 17-21 (17-21), d) 13²/₄-16 (13-16).

SPD. Nach den Feststellungen des Reichsstatistischen Amtes stellt sich der Index der Aktienkurse für die erste Juniwoche, in die noch die Inflationshaussiege fiel, auf 50,11 gegenüber 49,14 in der letzten Maiwoche. Der Index für festverzinsliche Papiere konnte, trotz der Bemühungen des Börsenvorstandes und der Reichsregierung, nicht gehalten werden. Er wird für die erste Juniwoche mit 61,24 berechnet gegenüber 63,12 der letzten Maiwoche,
